

061/2004

Grüne: Landesregierung versagt beim Kampf um die Reduzierung des Flächenverbrauchs

Palmer: „Landesentwicklungsplan und die Landschaftplanung zu zentralen Instrumenten einer nachhaltigen Bodenschutzpolitik ausbauen“

Weitgehendes Versagen im Kampf um die Reduzierung des Flächenverbrauchs hat der umweltpolitische Sprecher der Grünen im Landtag, Boris Palmer, der baden-württembergischen Landesregierung vorgeworfen.

Anlässlich einer von zahlreichen Vertretern aus Kommunen, Verbänden, Wissenschaft und Planungsbüros besuchten Expertenanhörung der grünen Landtagsfraktion zum Thema Flächenverbrauch und Flächenversiegelung sagte Palmer: „Die Landesregierung hat das Problem erkannt und umgehend verdrängt. Das im Umweltplan formulierte Ziel, den Flächenverbrauch bis 2010 drastisch zu reduzieren, ist bis heute durch keine einzige Maßnahme von Umweltminister Müller ins Visier genommen worden.“

Die Zahlen – so Palmer – sind immer alarmierende. Täglich werden in Baden-Württemberg fast 25 Fußballfelder Land überbaut. Das statistische Landesamt erwartet ohne tief greifende Änderungen in der Bodenschutzpolitik der Landesregierung sogar eine weitere Zunahme der Zerstörung über die nächsten 10 Jahre. Bis zum Ende des Jahrzehnts werde damit eine Fläche halb so groß wie der Bodensee verbraucht.

Das bestreite auch der zuständige Landesumweltminister nicht. Einen eigenen Lösungsansatz, mit dem sich diese Entwicklung zumindest bremsen ließe, bleibe er aber bis heute schuldig. Palmer: „Minister Müller redet sich mit dem Verweis auf die kommunale Planungshoheit heraus und baut nur noch auf das Prinzip Hoffnung. Dabei fehlt es nicht an Ideen, sondern nur an Mut.“

Im Verlauf der Anhörung sei eine Vielzahl wirksamer Instrumente zur Reduktion des Flächenverbrauchs vorgestellt worden, die endlich genutzt werden müssten. Palmer zählt dazu verbindliche Festsetzung statt Prosa im Landesentwicklungsplan, zum Beispiel zur Mindestdichte von Neubaugebieten, oder eine Verbindlicherklärung der im Landesnaturschutzgesetz verankerten

Landschaftsplanung, die bislang kaum mehr als Empfehlungscharakter hat. Die damit verbundenen Eingriffe in die Kommunale Planungshoheit sind Palmer gerechtfertigt: „Die Selbstbestimmung der Kommunen hat dort ihre Grenze, wo sie in Konkurrenz zueinander den letzten freien Quadratmeter Acker zu Bauland machen.“

Der Direktor des Verbands Region Stuttgart Dr. Bernd Steinacher kritisierte die jüngsten Änderungen des Landesplanungsgesetzes und betonte, er wünsche sich vom Land mehr Unterstützung bei der Landesplanung. Um den Flächenverbrauch in der Region Stuttgart zu reduzieren, brauche es eine Regionalplanung. Damit diese über den appellativen Charakter hinaus auch tatsächlich eine Wirksamkeit erzeuge, brauche die Region die Rückendeckung der staatlichen Institutionen.

Neben dem Planungsrecht bieten sich aus Palmers Sicht besonders neue ökonomische Instrumente zur Reduktion des Flächenverbrauchs an. Die Umwandlung der Grundsteuer in eine Flächennutzungssteuer, eine Zertifikatehandel für Neubauf Flächen ähnlich dem soeben in Vorbereitung befindlichen Emissionshandel seine interessante und intelligente Steuerungsmodelle. Die Abschaffung der Eigenheimzulage und der Entfernungspauschale im Rahmen einer Steuerreform wie sie auch Friedrich Merz vorgeschlagen hat, ist für Palmer ein Muss, wenn der Flächenverbrauch eingedämmt werden soll: „Der Staat muss wenigstens aufhören, Geld zur Förderung des Flächenverbrauchs zu verschenken.“

Das war auch das Thema von Dr. Kilian Bilzer der TU Darmstadt. Er betonte, gerade ökonomische und fiskalische Instrumente könnten einen zusätzlichen Anreiz über das bestehende Planungsrecht hinaus darstellen. Er plädierte für eine verstärkte Ausrichtung der Eigenheimförderung auf Altbau und Innenbereich und forderte einen weiteren Abbau der Pendlerpauschale. Die Einführung einer Flächennutzungssteuer sei deshalb nötig, damit die Flächenbesteuerung nicht länger am Marktwert sondern an der Nutzung orientiert werde – nur so könnte die tatsächliche Umweltbelastung in der Besteuerung berücksichtigt werden. Ein besonderes Augenmerk legte Dr. Bilzer auf die auch vom Abgeordneten Palmer erwähnten Zertifikate: Handelbare Flächenausweisungsrechte seien ein gutes zusätzliches Instrumentarium zur Eindämmung und Regulierung des grassierenden Flächenverbrauchs.